

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr
- Drucksachen 11/2450 und 11/2723 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Verkehrsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Hans Jaax SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr - wird, soweit die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses gegeben ist, mit den sich aus dem nachstehenden Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

I. Allgemeines

Der Verkehrsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 15, soweit seine Zuständigkeit gegeben ist, am 26. September und 17. Oktober 1991 beraten und dazu nach dem Einführungsbericht des Ministers eine Einzelberatung durchgeführt. Die abschließende Sitzung fand am 21. November 1991 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 15, soweit der Bereich Verkehr berührt ist, mit den sich aus dem nachstehenden Bericht ergebenden Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

II. Aus den Beratungen

Auf Vorschlag des Sprechers der CDU-Fraktion einigte sich der Ausschuß in der abschließenden Sitzung darauf, zunächst einmal die Ergänzungsvorlage der Landesregierung im einzelnen durchzuberaten. Danach wurden die Kapitel des Haushaltsplans einzeln abgestimmt. Änderungsanträge lagen vor von der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN. Die F.D.P.-Fraktion verzichtete darauf, zum diesjährigen Haushalt Änderungsanträge einzubringen.

Anschließend folgen in tabellarischer Übersicht die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Jaax
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Verkehrsausschuß

zum Einzelplan 15

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 021 Titel 883 12 Kürzung des Ansatzes für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme um insgesamt 11 736 000 DM Eine Verstärkung der Titel für Landesstraßenbau ist aus verkehrspolitischen und finanziellen Gründen nicht wünschenswert.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
2	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 021 Titel 883 13 Kürzung des Ansatzes für Baumaßnahmen des Landesstraßen- ausbauplans um insgesamt 1 200 000 DM Begründung siehe zu Nr. 1	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 - neuer Titel - Neueinrichtung des Titels "Förderung des Schienenverkehrs außerhalb von Ballungsräumen" mit einem Bareinsatz von 50 000 000 DM In einer Vielzahl von Regionen laufen z. Zt. Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbahn und den kommunalen Gebietskörperschaften über die Vergabe von Gutachten und Umsetzung von ersten gemeinsamen Investitionsmaßnahmen. Zumeist handelt es sich um Untersuchungsstrecken, deren Erhalt die Bundesbahn nur für einen begrenzten Zeitraum zugesagt hat. Auch wenn erst im nächsten Jahr über die Regionalisierung von Bundesbahn-Nebenstrecken endgültig entschieden wird, besteht doch heute schon ein hoher Bedarf an der Durchführung von konkreten Planungen, damit deren Umsetzung ohne Zeitverzug durchgeführt werden kann. Die Bundesländer sind hier in einer besonderen Verantwortung, weil die Kommunen ohne finanzielle Beteiligung des Landes nicht zu einem dauerhaften Engagement in der Lage sind. Das Land Baden-Württemberg bezuschußt neben den Maßnahmen nach GVFG zusätzlich die Beschaffung von "Pendolinos", Elektrifizierung von Strecken und Investitionen zum Erhalt von stilllegungsgefährdeten Strecken in Höhe von über 20 Mio DM p.a..	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 Titelgruppe 65 Kürzung der Zuweisungen und Zuschüsse des Landes für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (kommunal) - Infrastrukturförderung - um 50 000 000 DM Die Mittel der Infrastrukturförderung nach dem GVFG sind in NRW bisher überwiegend in den unterirdischen Stadtbahnbau geflossen. Neuerschließungen sind durch diese Maßnahmen durchweg nicht erfolgt. Der verkehrspolitisch gebotene Ausstieg aus dem Tunnelbau ist durch die deutliche Reduzierung der Haushaltsansätze für den Tunnelbau zu dokumentieren. Die Absichtsbekundungen der Landesregierung, zukünftig Planungskosten für Stadtbahntunnel nicht mehr zu bezuschussen, hat in dieser Hinsicht eine positive, aber noch nicht ausreichende Funktion. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an oberirdischen Streckennetzverlängerungen und Aufbau von neuen innerstädtischen Schienennetzen in verschiedenen Großstädten des Landes. Für diese Zwecke sollte ein neuer Haushaltstitel eingerichtet werden, der jährlich zu Lasten der Titelgruppen 65 und 66 ausgeweitet wird. Der zusätzliche Umschichtungsbetrag vom Titel 883 14 (Zuweisungen aus GVFG für kommunalen Straßenbau) aus dem Kapitel 15 500 in Höhe von 48 825 000 DM wird ebenfalls unter diesem Haushaltstitel vereinnahmt.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 Titelgruppe 66 Kürzungen der Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (kommunal) - Infrastrukturförderung - um insgesamt 80 000 000 DM Begründung s. zu Nr. 4	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
6	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 - neuer Haushaltstitel - Als neuer Haushaltstitel soll für den oberirdischen Ausbau von Stadtbahnen und Straßenbahnen ein Bareinsatz von 178 825 000 DM ausgebracht werden. Begründung s. z. Nr. 4	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
7	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 - neuer Haushaltstitel - In diesem Kapitel soll ein neuer Ansatz zur kommunalen ÖPNV-Grundförderung mit 50 000 000 DM eingerichtet werden. Analog zum Vorgehen beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ist auch in den anderen Regionen des Landes eine pauschale ÖPNV-Grundförderung für nichtinvestive Zwecke notwendig. Unter anderem wird die beabsichtigte Integration der Bundesbusdienste in die Angebotsstruktur der Verkehrsverbünde/-gemeinschaften und in die kommunalen Unternehmen erhebliche Aufwendungen bei den Kreisen und kreisfreien Städten bzw. bei den kommunalen Unternehmen erfordern.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 470 - neuer Haushaltstitel - Ein weiterer neuer Titel mit der Zweckbestimmung der Förderung der Einrichtung von Semester-Tickets an landeseigenen Hochschulen soll mit einem Bareinsatz 1 000 000 DM eingesetzt werden. Zur Einführung von Semester-Tickets sind besonders in der Einführungsphase Finanzhilfen des Landes notwendig. In späteren Jahren sollte dieser Titel aufgestockt werden durch Mittelübertragungen aus dem Einzelplan 06 (neuer Titel "Aufkommen aus der Parkraumbewirtschaftung an landeseigenen Hochschulen") und zweckgebunden zur Förderung des Semester-Tickets verwendet werden.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
9	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 480 Titelgruppe 61 Die Titelgruppe für den Ausbau und die Erneuerung von Flugplätzen soll um insgesamt 10 000 000 DM gekürzt werden. Der Luftverkehr ist die umweltunverträglichste Form der Fortbewegung. Gleichzeitig wird er in vielfältiger Weise - vor allem durch die Steuerbefreiung auf Flugtreibstoffe - subventioniert. Die Landeszuschüsse für den Ausbau von Flughäfen sind auf 0 zu kürzen. Eventuell erforderliche Mittel sind von den Betreibern auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen und auf die Flugplatzgebühren umzulegen, um zumindest das Verursacherprinzip in diesem Bereich zu verwirklichen.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 480 Titel 861 64 Das Darlehen für den Flughafen Düsseldorf soll um insgesamt 5 350 000 DM gekürzt werden. Begründung s. zu Nr. 9	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abge- lehnt.
11	SPD	Kapitel 15 500 Titel 653 10 In die Erläuterungen des Ansatzes für Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung) und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen wird als vorletzter Satz neu aufgenommen: "Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel wird über die Haushaltsrechnung der Landschaftsverbände gegenüber dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr nachgewiesen (§ 38 Abs. 4 GFG 1992)."	Einstimmig so be- schlossen
12	CDU	Kapitel 15 500 Titel 883 11 Der Ansatz für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen soll um 20 000 000 DM erhöht werden. Die Mittel für den Landesstraßenbau müssen dringend aufge- stockt werden, um wichtige Vorhaben umsetzen zu können. Durch das Steueränderungsgesetz 1992, in dem die Bundes- finanzhilfen von 60 % bis auf 75 % angehoben werden kön- nen, werden Komplementärmittel frei, die für den Landesstra- ßenbau eingesetzt werden sollen.	Gegen die Stimmen der CDU bei Enthäl- tung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	SPD	Kapitel 15 500 Titel 883 12 Es wird folgender weiterer Haushaltsvermerk beim Ansatz für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme ausgebracht: "Aus diesen Mitteln dürfen keine Maßnahmen finanziert werden, deren Planung oder Bau das Land im Einzelfall widersprechen hat."	Einstimmig so beschlossen
14	CDU	Kapitel 15 500 Titel 883 12 Der Ansatz für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme soll um 30 000 000 DM erhöht werden. Begründung s. zu Nr. 12	Gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 500 Titel 883 12 Der Titel soll um insgesamt gekürzt werden. 50 000 000 DM Weiterer Straßenneubau ist aus Gründen des Landschafts- und Naturschutzes in der Regel nicht mehr zu verantworten. Das überörtliche Straßennetz in NRW ist ausreichend ausgebaut. Auch im ländlichen Raum muß dem öffentlichen Nahverkehr und dem schienengebundenen Güterverkehr zukünftig wieder ein größeres Gewicht zukommen. Die restlichen Mittel sollten für die Ausfinanzierung weitgehend fertiggestellter Maßnahmen dienen. Im Titel 883 12 (Maßnahmen unter 5 Mio DM) ist der Schwerpunkt zukünftig auf die Maßnahmen des Straßenrückbaus und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu konzentrieren.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
16	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 500 - neuer Haushaltstitel - Für Investitionen an Landesstraßen soll ein neuer Titel mit dem Bareinsatz von 50 000 000 DM eingerrichtet werden. Es wird folgender verbindlicher Haushaltsvermerk ausgebracht: "Aus den Mitteln werden die Programme - Rückbau von Ortsdurchfahrten mit 20 000 000 DM - Lärmschutz an Landesstraßen mit 10 000 000 DM - Radwegebau im Zuge von Landesstraßen mit 10 000 000 DM verstärkt." Begründung s. zu Nr. 15	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	CDU	Kapitel 15 500 Titel 883 13 Die Ansätze für Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans sollen um 20 000 000 DM erhöht werden. Begründung s. zu Nr. 12	Gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und DIE GRÜNEN abgelehnt.
18	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 500 Titel 883 13 Die Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans sollen um insgesamt 100 000 000 DM gekürzt werden. Begründung s. zu Nr. 15	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
19	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 500 Titel 883 11, 883 12 und 883 13 Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der genannten Titel soll aufgehoben werden. Begründung s. zu Nr. 15	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.
20	CDU	Kapitel 15 500 Titel 883 15 Der Ansatz für objektbezogene Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise für den kommunalen Straßenbau, für Vorhaben des kommunalen Radwegebaus und für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden kommunalen Straßen soll um 70 000 000 DM gekürzt werden. Begründung s. zu Nr. 12	Gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21	DIE GRÜNEN	Kapitel 15 500 Titel 883 14 und 883 15 Bei diesen Titeln wird folgender verbindlicher Haushaltsvermerk ausgebracht: "Aus den Mitteln für den kommunalen Straßenbau werden zusätzlich 48 825 000 DM veranschlagt für den oberirdischen Ausbau des ÖPNV (neuer Haushaltstitel 'Streckenausbau für Straßenbahnen und oberirdische Stadtbahnen'). Für die verbleibenden Mittel gelten folgende Zweckbestimmungen: Programme 'Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Gemeinden' einschließlich Anlagen für den Radverkehr mindestens 100 000 000 DM Programme 'Beschleunigung des Busverkehrs, Ausbau von Haltestellen- und Umsteigeanlagen' mindestens 50 000 000 DM Programme 'Lärmsanierung in Städten und Kommunen' mindestens 50 000 000 DM." Nach wie vor werden die Mittel für den kommunalen Straßenbau teilweise für den Kapazitätserweiternden Ausbau der städtischen Straßennetze verwendet. Dies entspricht aber nicht den verkehrspolitischen Notwendigkeiten. Die Festlegung von Quoten für die einzelnen Programme soll eine tatsächliche Änderung im Ausgabeverhalten der Kommunen bewirken.	Mit SPD, CDU und F.D.P. gegen GRÜNE abgelehnt.

Das Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
- Anlage zur Vorlage 11 / 910

/ 911

/ 912

/ 913

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1992

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Anlagen:

Änderung in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
------------------	--	----------------------------------	-----------------------------------	--------------------

15 500 Straßen- und Brückenbau

653 10 Entwurfsbearbeitung (einschließlich Planung)
und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen an
Bundesfernstraßen

Erläuterungen:

In die Erläuterungen wird als vorletzter Satz
aufgenommen:

Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel
wird über die Haushaltsrechnung der Landschafts-
verbände gegenüber dem Ministerium für Stadt-
entwicklung und Verkehr nachgewiesen
(§ 38 Abs. 4 GFG 1992)

unverändert

883 12

Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM
Gesamtkosten je Maßnahme

unverändert

Haushaltsvermerke:

1. unverändert

2. Aus diesen Mitteln dürfen keine Maßnahmen
finanziert werden, deren Planung oder Bau das
Land im Einzelfall widersprochen hat.

VE: unverändert

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
------------------	--	----------------------------------	-----------------------------------	--------------------

Abschluß Einzelplan 15

Gesamteinnahmen		961,852,000	---	961,852,000
Gesamtausgaben		2,734,813,100	---	2,734,813,100
Verpflichtungsermächtigungen		1,519,235,000	---	1,519,235,000